Was bei welcher Partei auffällt

KOMMUNALWAHL SPD hat die längste Liste – Grüne setzen auf Frauen – Partei nominiert Junge

VON SEBASTIAN SCHAFFNER

Hersfeld-Rotenburg – Bislang sind im Kreistag sieben Fraktionen vertreten. Nach der Kommunalwahl am Sonntag könnten es bis zu neun sein – denn genau so viele Parteien und Wählergruppen hat der Kreiswahlleiter für die Wahl zum Kreisparlament zugelassen.

Wer sind die Neulinge? Welche Partei hat die meisten Frauen nominiert? Und wer setzt eher auf ältere, und wer auf junge Kandidaten? Wir haben uns die Wahlvorschläge aller Parteien angeschaut.

CDU

Die Christdemokraten, die vor fünf Jahren die zweitmeisten Wählerstimmen (30 Prozent) und demnach auch die zweitmeisten Sitze im Parlament (18) erhielten, gehen diesmal mit 59 Kandidaten ins Rennen: 41 Männer und 18 Frauen. Das Durchschnittsalter der CDU-Liste beträgt 52 Jahre.

Grüne

Als einzige Partei haben die Grünen mehr Frauen (19) als Männer (18) für den Kreistag nominiert. Insgesamt stehen 37 Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste. Im Schnitt sind sie, wie bei der CDU, 52 Jahre alt. Bei der Kreistagswahl 2016 bekamen die Grünen 5,9 Prozent der Wählerstimmen sowie vier Sitze.

SPD

Die SPD holte vor fünf Jahren die meisten Stimmen (36,9 Prozent) und stellt bislang mit 21 Abgeordneten die Mehrheit im Kreistag. Diesmal haben die Sozialdemokraten mit 92 Personen die meisten Kandidaten aufgestellt: 68 Männer und 24 Frauen. Das Durchschnittsalter der SPD-Kandidaten beläuft sich auf 57 Jahre – darunter auch die beiden ältesten aller Kreistagsnominierten: Valentin Wettlaufer und den früheren Landrat Alfred Holzhauer aus Bad Hersfeld, die beide im Jahr 1934 geboren wurden.

AfD

Die nach Lebensjahren älteste Liste hat die AfD aufgestellt. Im Schnitt sind die 18 männlichen und vier weiblichen Kandidaten 62 Jahre alt. Bislang stehen der AfD im Kreistag acht Sitze zu, da sie allerdings zuletzt nur noch sieben besetzen konnte, schrumpfte die tatsächliche Größe des Parlaments um einen Sitz auf 60 Sitze. Vor fünf Jahren erhielt die AfD 12,4 Prozent.

FDP

Mit gleich 80 Namen hat die FDP die zweitlängste Kandidatenliste aller Parteien, darunter 59 Männer und 21 Frauen. Sie stellt mit dem im Jahr 2003 geborenen Oliver Kobylanski (Philippsthal) den jüngsten aller Kreistagsbewerber. Bei der Wahl 2016 war die FDP mit 5,1 Prozent sechststärkste Kraft. Bislang haben die Liberalen drei Sitze im Kreistag. Das Durchschnittsalter der FDP-Kandidaten beträgt 53 Jahre.

Die Linke

Eigentlich hätten der Partei Die Linke (2,8 Prozent) lediglich zwei Sitze im Kreisparlament zugestanden. Bernd Holzhauer verließ jedoch im Laufe der Legislaturperiode die SPD-Fraktion, saß zunächst als Fraktionsloser im Parlament und schloss sich dann mit den beiden Linken-Abgeordneten zur Linke/offene Fraktionsgemeinschaft zusammen. Diesmal hat Die Linke 22 Kandidaten aufgestellt: 19 Männer und drei Frauen im Alter von durchschnittlich 52 Jahren.

Freie Wähler

Die Freien Wähler erzielten bei der Kreistagswahl vor fünf Jahren mit 6,9 Prozent der Wählerstimmen das viertbeste Ergebnis, was vier Sitzen entsprach. Für die Wahl am Sonntag gehen die Freien Wähler mit einer 27-köpfigen Kandidatenlisten ins Rennen, darunter 23 Männer und vier Frauen. Durchschnittsalter aller Kandidaten: 56 Jahre.

Die Partei

Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (kurz: die Partei) möchte neu in den Kreistag einziehen. Die ursprünglich aus dem Satiremagazin „Titanic“ entstandene Partei tritt für die Kreistagswahl in Hersfeld-Rotenburg mit fünf jungen Männern im Alter von durchschnittlich 22 Jahren an.

UBL/Bürger-Herz

Ebenfalls neu auf dem Wahlzettel für den Kreistag steht die Unabhängige Bürgerliste/Bürger-Herz. Hervorgegangen ist die Liste aus den Unabhängigen Bürgern Bad Hersfeld (UBH) und Rotenburg (UBR) sowie der Initiative Bürger-Herz. Sie tritt mit 22 Männern und acht Frauen (58 Jahre) an.

Werner David
FDP

Vollständige Transparenz in Sachen Klinikum. Anbindung aller Schulen ans Glasfasernetz / FTTH (Glasfaser bis zum Kunden). Die Neuaufstellung einer stärkeren lokalen Wirtschaftsförderung und die Sicherung der Arbeitsplätze sowie eine aktive Unterstützung für die Sicherung der Standorte von K+S.

Gleich mit unserem ersten Antrag haben wir die vom Landrat vorgesehene Schließung der KFZ-Zulassungsstelle an den Samstagen in Rotenburg verhindert und somit das gleiche Angebot im Norden und im Süden des Kreises erhalten. Zudem haben wir mit unserem öffentlichen Druck dazu beigetragen, dass die Kreisumlage für die Städte und Gemeinden nicht erhöht wird. Wir haben den „Verkauf“ des Grundstückes (Tafelsilbers) der Erholungsstätte Meeschendorf verhindert.

Es bestätigt, dass der 21-Millionen-Euro-Anbau ans Landratsamt nicht notwendig gewesen ist, weil eine Vielzahl der Mitarbeiter auch im Homeoffice problemlos arbeiten kann. Die FDP hatte schon bei der Grundsatzentscheidung darauf hingewiesen und den Bau auch daher abgelehnt.

Die FDP unterstützt Torsten Warnecke, weil wir in den letzten Jahren gut und vertrauensvoll mit ihm im Kreistag zusammenarbeiten konnten. Mit ihm bekommen wir einen konsensorientierten und kritikfähigen Landrat.

Hartmut Thuleweit
Die Linke

Die Linke möchte, dass auch auf kommunaler Ebene ein sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft in Angriff genommen wird. Dazu muss die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben und es dürfen keine Privatisierungen zugelassen werden. Das gilt besonders für das Klinikum. In Zukunft dürfen die Leistungen nicht eingeschränkt oder Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Defizite der Infrastruktur müssen behoben werden: schneller Internetzugang für alle Gemeinden und Schulen, Ausbau des ÖPNV mit dem Ziel Nulltarif.

Die Linke hat gewarnt, dass die AfD von Fremdenfeinden, Rassisten und Faschisten durchsetzt ist, eine Partei, die Hass und Gewalt befeuert und die Demokratie gefährdet. Das sehen viele in den anderen Fraktionen mittlerweile ebenso. Unser Eintreten für die Jugendfreizeitanlage auf Fehmarn hat dazu geführt, dass die Mehrheit im Kreistag sich nicht getraut hat, auch noch die letzte Jugendfreizeitanlage zu verkaufen. Wir waren die Stimme des Protestes gegen das Militärspektakel am Hessentag.

Die Vernachlässigung des Katastrophenschutzes, nicht ausreichend ausgestattete Gesundheitsämter, die Schließung von Krankenhäusern sind ein Irrweg. Der Pflegenotstand muss dringend beseitigt werden. Die wirklich systemrelevanten Menschen in der Kranken- und Altenpflege, in der Betreuung von Behinderten, aber auch die vielen Frauen im Einzelhandel, die die Versorgung sicherstellen, müssen deutlich besser entlohnt werden. Menschen im Hartz-IV-Bezug, Geringverdiener, Niedrig-Rentner dürfen nicht im Stich gelassen werden.

Die Linke gibt keine Empfehlung zur Wahl des Landrats, zumal sich beide Kandidaten nicht sonderlich unterscheiden. Ich persönlich werde Torsten Warnecke wählen.

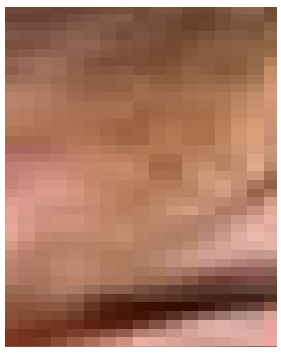
Jörg Brand
Freie Wähler

Zukunftsorientierte Finanzpolitik zur Entlastung künftiger Generationen. Sicherung/Ausbau der hausärztlichen/medizinischen Versorgung mit ergänzenden medizinischen Angeboten und Zusammenarbeit aller Krankenhausträger. Unterstützung der klein- und mittelständischen Unternehmen und konzeptorientierte Weiterentwicklung zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben und außerdem die Sicherung der Standorte von K+S im Werratal und die Schaffung/Erhaltung qualifizierter Ausbildungsplätze.

Verhinderung der Schließung der Grundschulen Wölfershausen und Hönebach sowie der Außenstelle der Beruflichen Schulen in Heimboldshausen. Unterstützung der Menschen durch geradlinige, sachorientierte Politik, ohne jegliche ideologische Festlegungen. Vorantreiben der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landkreises mit einhergehendem Ausbau qualifizierter Arbeitsplätze. Unterstützung und Sicherung aller K+S-Standorte im Werratal gegen grüne Seitenhiebe.

Zukünftig keine Schließungen von Einzelhandel und Gastronomie. Über Digitalisierung nicht nur reden, sondern jetzt umsetzen. Jetzt zeigt sich, wie wichtig eine flächendeckende medizinische Versorgung ist. Kein weiteres Ausbluten unserer Kliniklandschaft durch Schließung von Kliniken. Sich ergänzendes medizinisches Angebot gilt es zu bewahren und auszubauen. Aufbau von Produktionsstätten für medizinische Schutzausrüstung im Inland sowie ständige Überprüfung und Fortschreibung der Pandemiepläne.

Egal wie die Wahl am 14. März ausgeht, wir werden konstruktiv mit einem zukünftigen Landrat genauso zusammenarbeiten, wie wir es auch schon in den vergangenen Legislaturperioden getan haben.



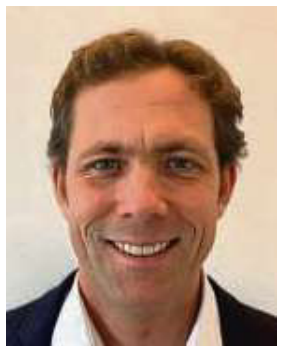
Hendrik Groß
Die Partei

Nach dem Einzug in den Kreistag mit den antizipierten 103 Prozent der Stimmen, ist das wichtigste Ziel natürlich die Aufrechterhaltung und der Ausbau unserer Stellung. Gemäß der allgemeinen parteilichen Tradition orientieren sich unsere Vorhaben an diesem Ziel. Natürlich liegt uns auch die Aufrechterhaltung des HKZ sehr am Herzen (Wortspiel beabsichtigt).

Endlich qualitativ hochwertige und seriöse Politik im Kreistag zu etablieren, ist natürlich eines der wichtigsten Anliegen. Außerdem muss das HKZ endlich mal geschlossen werden, diese Steuerverschwendung ist ja kaum noch auszuhalten.

Desto öfter man Karl Lauterbach hört und sieht, desto weniger lustig ist sein Auftreten. Schade eigentlich. Auch hat man natürlich mit Hildmann, dem Verhalten der AfD und anderen Schwurblern noch mehr realsatirische Konkurrenz bekommen, gegen die es sich durchzusetzen gilt.

Wie jeder Mensch, der noch bei Verstand ist, stehen wir voll und ganz hinter dem alten weißen Mann mit den ambivalenten Wahlversprechen.



Tim Schneider
UBL/Bürger-Herz

1. Klinikum, HKZ und die Gesundheitsversorgung in eine gute Zukunft führen.
2. Die Schulen so ausstatten und unterstützen, dass Lehrer, Schüler und Eltern sagen können: die Digitalisierung funktioniert und ist eine Bereicherung im Unterricht.
3. Infrastruktur des Landkreises weiterentwickeln und Arbeitsplätze sichern – kreiseigene Bauruinen wie zum Beispiel das über 13 Jahre vernachlässigte Kreisaltenheim darf es nicht mehr geben.

Wir möchten eine Politik, die Verantwortung übernimmt. Die Kreisspitze und Kreistag sollten sich nicht hinter geheimgehaltenen Gutachten verstecken. Abnickveranstaltungen müssen sich wieder zu einer lebendigen Lösungsfindung im Dialog entwickeln. Menschen des Landkreises gehören in den Mittelpunkt – nicht Parteipolitik. Wir werden Ideen einbringen wie z.B. ein landesweites Corona-Nachsorge-Zentrum. Dafür werden wir uns einsetzen, auch wenn es Hürden zu überwinden gilt.

Corona zeigt uns: Die politische Führung darf das Vertrauen der Menschen nicht verspielen. Masken und Tests müssen unkompliziert verfügbar gemacht werden, ohne dass zu allererst ein Geschäft daraus gemacht wird. Lockdown-Maßnahmen sind stetig zu überprüfen, denn die Lasten sind ungleich verteilt, z. B. sind für Einzelhandel und Gastronomie Schritte zur Öffnung notwendig. In Berlin oder Wiesbaden aufgestellte Regeln müssen alltagstauglich für den Landkreis justiert werden.

Wir geben keine Wahlempfehlung ab. Wir vertrauen, dass die Menschen genug Gelegenheit hatten, sich selbst ihr Urteil zu bilden. Unser Credo lautet: „Wir für die Menschen im Landkreis“, nicht „Wir für einen Landratskandidaten“.